

ihre Chance, ein wichtiges Gesprächsforum zwischen Wissenschaft, Kunst und Öffentlichkeit zu werden.

Frau Seidl, es klang so an, als ob die Akademie in ihrem Profil möglicherweise noch ausbaufähig sei. Sehen Sie sich einmal an, wie sich die Akademie in den letzten zweieinhalb Jahren entwickelt hat! Sie befindet sich nach meiner festen Überzeugung und nach Sicht Außenstehender auf einem hervorragenden Weg. Das wird nicht nur durch diese Initiative, sondern insbesondere durch das Junge Kolleg unterstrichen. Es hat in den letzten zwei Jahren schon zu erheblichen Aufbruchsignalen und dazu geführt, dass in der Akademie wahrlich eine neue Dimension im Zusammenwirken erreicht ist – nicht nur über Disziplinen hinaus, sondern auch zwischen den unterschiedlichen Wissenschaftsgenerationen.

Herr Schultheis, wenn Sie das Wissenschaftszentrum ansprechen, kann ich nur sagen: Wir haben uns vorgenommen, genau dieses Zentrum aufzulösen. Das ist mit der Regierungsübernahme ganz klar vereinbart worden. Das KWI wollte so wieso aus dem Wissenschaftszentrum weg. Es hat sich sehr darüber gefreut, dass es jetzt mit den Hochschulen in der Metropole Ruhr eng zusammenarbeiten kann.

Was den Verbund und die Synergien betrifft, die Sie dargestellt haben: Sie sind von keinem gesehen worden, jedenfalls nicht bei der Bewertung durch den Wissenschaftsrat.

Im Übrigen liegt hier genau der Unterschied. Wir sagen, wir brauchen kein Wissenschaftszentrum, das die Wissenschaft sozusagen politisch organisieren soll, sondern wir wollen, dass wir aus dem Wissenschaftssystem selbst heraus mehr Interdisziplinarität und mehr Förderung von Exzellenz bekommen. Das kann keiner so herausragend wie die Akademie der Wissenschaften. Deshalb fördern wir sie auch ganz anders, als Sie es in der Vergangenheit leider getan haben.

(Beifall von der FDP)

Abschließend: die Leopoldina. Ja, ich habe wie die 15 Kolleginnen und Kollegen – im Übrigen auch der SPD-mitregierten Länder – zugestimmt, dass die Leopoldina mit den Aufgaben einer Nationalakademie betraut wird. Ich möchte aber hinzufügen, dass gerade Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit Bayern erreicht hat, dass die Länderakademien jetzt in einer Weise Berücksichtigung finden, wie es auch von unserer Akademie und ihren Mitgliedern nachhaltig gewünscht war. Sie sollten in dem Koordinierungsgremium zunächst nur eine beratende Stimme haben. Jetzt

haben wir erreichen können, dass die Länderakademien in gleicher ...

(Zuruf von der SPD: Zwei!)

– Nein, es gibt drei Sitze für die Leopoldina, drei für acatech und drei für die Länderakademien, und zwar mit vollem Sitz- und Stimmrecht. Das heißt, die Länderakademien haben jetzt Mitwirkungsmöglichkeiten erhalten, wie sie besser gar nicht sein könnten. Überdies sind die meisten Mitglieder der Länderakademien ohnehin auch Mitglieder der Leopoldina. Wir haben also dafür gesorgt, dass das Gewicht der Länderakademien in keiner Weise geschwächt worden ist, wie es möglicherweise zunächst zu befürchten war.

Was die Finanzierung betrifft – das ist ebenfalls festgehalten worden –, ist ein Schlüssel Bund und Sachsen-Anhalt von 80 : 20 bis 2010 festgesetzt. Erst danach muss eine Weiterentwicklung der Finanzierung vorgenommen werden.

Sie sehen also, die Fragen, die Sie gestellt haben, lassen sich leicht beantworten. Ich meine, wir sind mit dieser Initiative der Regierungsfractionen, über die ich mich sehr freue, auf einem guten Wege, durch die zukünftige Akademie der Wissenschaften und Künste nicht nur noch mehr Profil für den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen zu erreichen, sondern auch die Wissenschafts- und Kunstlandschaft Deutschlands insgesamt zu bereichern. Darüber freue ich mich sehr. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/6152 – Neudruck** – an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend – sowie an den **Kulturausschuss**. Wer ist für diese Überweisung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist sie einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf:

## **6 Das Land muss die Kommunen bei der Schaffung von U3-Plätzen unterstützen – nicht bremsen**

Eilantrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/6213

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 18. Februar 2008 fristgerecht diesen Eilantrag eingebracht.

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Kollegin Asch für die antragstellende Fraktion das Wort.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer die Vereinbarkeit von Familie und Beruf will, muss ausreichende und bedarfsgerechte Betreuungsplätze schaffen. Wir müssen vor allen Dingen – das ist die familienpolitische Aufgabe – Krippenplätze schaffen. Da ist der Bedarf bei den Eltern, in den Familien am stärksten.

Nun ist in diesem Jahr genau das passiert, was wir bei den Beratungen über das KiBiz immer vorausgesagt haben, nämlich dass die Kontingentierung – diese Planungsdaten, die im KiBiz stehen – nicht ausreichend ist, um die Bedarfe der Eltern vor Ort zu decken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben erlebt, dass die Anmeldezahlen der örtlichen Jugendhilfeplanung die Zahl der Plätze, die in den planwirtschaftlichen Daten des KiBiz enthalten sind, um 17.000 übersteigen. Wir freuen uns jetzt natürlich, dass aufgrund der Öffentlichkeitsarbeit, die wir Grüne gemacht haben, und aufgrund unseres Antrags ...

(Lachen von Christian Lindner [FDP] – Zurufe von CDU und FDP)

– Herr Lindner, vor zwei Wochen habe ich in meiner Presseerklärung auf dieses Problem hingewiesen und gesagt, dass es Schreiben der kommunalen Spitzenverbände an die Landesregierung gibt, in denen die Landesregierung dringlichst aufgefordert wird, die Deckelung aus dem KiBiz zu entfernen

(Beifall von den GRÜNEN)

und in diesem Jahr die U3-Plätze, die Krippenplätze, die die Kommunen einzurichten bereit sind, mit Landesmitteln auszustatten. Darum geht es.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kern?

**Andrea Asch (GRÜNE):** Bitte, lieber Walter Kern.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte, Herr Kern.

**Walter Kern (CDU):** Danke schön, Andrea Asch. – Ich möchte fragen, ob es richtig ist, dass wir zum Ende der letzten Legislaturperiode 11.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige hatten, was einer Quote von 2,8 % entsprach?

(Britta Altenkamp [SPD]: Nein! Das ist nicht richtig! – Weitere Zurufe von der SPD)

**Andrea Asch (GRÜNE):** Lieber Kollege Walter Kern, ich spreche nicht über die Vergangenheit, sondern über die Politik, die Sie seit drei Jahren in diesem Land betreiben. Das ist mein Thema.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie über die Vergangenheit sprechen wollen, können Sie das gerne tun. Ich glaube aber nicht, dass das die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land interessiert. Die interessiert, welche Politik heute für Familien, welche Politik heute für Kinder und welche Politik heute für Eltern gemacht wird, aber nicht, was vor x Jahren passiert ist.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Aber man kann das doch bewerten!)

Wir freuen und, dass das Land jetzt bereit ist, zumindest in einem Teil nachzubessern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das müssen wir uns klar machen: In den Kommunen wurden 17.000 Plätze mehr angemeldet. Von diesen 17.000 Plätzen ist aber lediglich ein Teil, nämlich 6.000 Plätze, zusätzlich bewilligt. Der gesamte Mehrbedarf in der Kindertagespflege ist nach wie vor gedeckelt. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Das heißt, dass Sie interessanterweise in einem Bereich, auf den Sie immer besonderen Wert legen, offenbar nicht nachbessern wollen. Dieses Thema werden Sie auch noch mit den Kommunen auszufeuchten haben. Diesen Sachverhalt müssen wir feststellen.

Jetzt haben wir ja die Situation, dass Sie für dieses Haushaltsjahr offenbar eine Nachbesserung vornehmen wollen. Damit lösen Sie aber nicht das Grundproblem, das im KiBiz angelegt ist. Im KiBiz steht nach wie vor, nämlich in § 21, dass die U3-Kontingente jährlich nach der Haushaltsgesetzgebung festgelegt werden.

(Minister Armin Laschet: Wie früher!)

Wenn Sie wirklich eine Verbesserung wollen, wenn Sie wirklich wollen, dass die Kommunen diese Plätze für die Eltern vorhalten können, die Sie anbieten wollen, dann müssen Sie Ihr Gesetz

ändern, dann müssen Sie dieses KiBiz, das ja noch nicht einmal in Kraft getreten ist, ändern,

(Beifall von den GRÜNEN)

weil Sie nur dann verhindern, dass wir im nächsten Jahr die identische Diskussion bekommen werden, die wir jetzt führen.

Ich weise darauf hin, dass Sie dieses Gesetz, das erst frisch verabschiedet ist, ändern müssen, wenn Sie entsprechend verfahren wollen. Diese 34.000 Plätze stehen im Gesetz.

(Minister Armin Laschet: Im Haushaltsgesetz!)

– Gut, dann müssen Sie das Haushaltsgesetz ändern. Das ist alles nicht schön. Das hätte Ihnen auch früher einfallen können. Offenbar hat es aber des Druckes aus den Kommunen und aus der Opposition bedurft, damit Sie feststellen, dass Ihre Kontingentierung nicht dem Bedarf vor Ort entspricht.

(Minister Armin Laschet: Wie war es mit dem GTK?)

Meine Damen und Herren, ich kann Folgendes feststellen: Dieses Gesetz leistet nicht das, was Sie als Ziele formuliert haben. Es entspricht nicht dem Bedarf, den die Eltern vor Ort haben.

Herr Laschet, Sie haben immer wieder betont, Sie wollten das von der Bundesregierung vorgegebene Ziel erreichen, bis zum Jahr 2013 35 % des U3-Bedarfs zu decken. Das sind 160.000 Plätze. Herr Lindner, das wissen Sie genauso gut wie ich. Wenn Sie im Jahr 2008 52.000 Plätze bewilligen und finanzieren wollen, dann frage ich mich, wie Sie Ihr Ziel, im Jahr 2010 eine 20-prozentige und im Jahr 2013 gar eine 35-prozentige Bedarfsdeckung, nämlich 160.000 U3-Plätze, zu erreichen, jemals realisieren wollen. Nehmen Sie also die Kontingentierung heraus, ändern Sie Ihr Gesetz, das noch nicht in Kraft getreten ist!

Sie müssen sich auch noch mit dem zweiten Punkt, über den wir heute nicht sprechen, aber über den wir in den nächsten Wochen zu sprechen haben, der Kontingentierung bei den Ganztagsplätzen befassen. Wir haben dazu Meldungen aus den Kommunen. Frau Kastner, in der Stadt Münster, in der Sie zu Hause sind, wollen nur 5 % die 25-Stunden-Plätze. In Ihrem Gesetz steht als Planungsdatum 25 %.

(Minister Armin Laschet: Wieder falsch informiert!)

In Düsseldorf ist es genauso. Dort gibt es auch nur eine Bedarfsanmeldung von 5 % für die 25-

Stunden-Plätze. Auch in diesem Punkt werden Sie also noch einmal deutlich nachbessern müssen, wenn die Gesamtfinanzierungsarchitektur Ihres KiBiz greifen soll.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich kann Sie nur noch einmal auffordern: Beenden Sie diese Planwirtschaft. Ändern Sie Ihr Gesetz und nehmen Sie die Kontingentierung für die U3-Plätze und für die Ganztagsplätze aus dem Gesetz heraus!

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Kastner.

**Marie-Theres Kastner (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte meine Rede heute mit einem innigen Dank an die Fraktion der Grünen beginnen. Die Fraktion der Grünen hat mit ihrem Eilantrag etwas getan, was wir sonst mühsam über eine Aktuelle Stunde hätten machen müssen. Sie hat dafür gesorgt, dass wir die Botschaft der Woche hier sehr laut und deutlich verkünden können.

(Beifall von der CDU)

Liebe Frau Asch, mit dem Beschluss des Kabinetts von gestern ist die Kontingentierung aufgehoben worden. Ich sage Ihnen das, falls Sie es noch nicht begriffen haben sollten.

Wir haben die Zahl der Plätze für die unter Dreijährigen nicht verdoppelt, sondern vervierfacht. Das ist ein Quantensprung. Dies verwirklicht die Wahlfreiheit für viele Familien und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir werden – auch wenn Sie das immer wieder bestreiten – nicht weniger Geld für Kinder ausgeben, sondern mehr. Wir werden bei weniger Kindern im nächsten Jahr nichtsdestotrotz für das Angebot der Tagesbetreuung von Kindern mehr als eine Milliarde € ausgeben.

Frau Asch – ich sage das auch gleichzeitig der Oppositionsfraktion der SPD –, Sie mögen so viel gegen das KiBiz schimpfen, wie Sie wollen. Die Horrorszenarien, die Sie entwickelt haben, passen nicht. Ich darf einmal ein paar Zeitungsüberschriften vorlesen: „Die Angst ist weg vor dem KiBiz“, „Der Kindergarten wird nicht teurer“, „Kindergartenbetreuung fast zum Nulltarif“. „Mehr Plätze in Kitas“ hieß es gestern aus Münster; „Stadt sieht bessere Möglichkeiten zu Ganztagsbetreuung durch das neue Kinderbildungsgesetz“. Sie haben beschworen, dass all das nicht eintreten würde.

Jetzt tritt es aber ein. Die Städte wissen mit diesem Instrument umzugehen. Sie wollen keine Planwirtschaft mehr. Ich verweise dazu einmal auf Aachen, wo gerade beitragsfreie Kindergartenjahre entwickelt werden.

(Zuruf von der SPD)

Das neue Kinderbildungsgesetz hat dies möglich gemacht. Es wäre früher nicht möglich gewesen.

(Beifall von der CDU)

Frau Asch, Sie sollten sich bei all den Pressemitteilungen von den Grünen allmählich einmal überlegen, welchen Leitfaden Sie haben. Auf der einen Seite sagen Sie, die Planwirtschaft müsse weg. In der nächsten Pressemitteilung steht dann wieder, das Land müsse sagen, welche Beiträge man nehmen müsse. Sie müssen sich einmal überlegen, in welche Richtung Sie wollen.

Die Aufhebung der Beitragsverpflichtung in bestimmter Höhe, die wir vorher gehabt haben, hat sich durchaus positiv ausgewirkt, weil die Städte endlich zeigen können, für wie wertvoll sie die Kindertagesbetreuung einschätzen.

Da ich das Wort habe, möchte ich auch gleich etwas zur SPD sagen. Sie wird uns wohl gleich mit dem Inhalt der Presseverlautbarung von Frau Altenkamp konfrontieren: Wir hätten uns verrechnet und Ähnliches. Ich weiß nicht, ob sich eine Fraktion, die viele Jahre nichts für den Ausbau der Tagesbetreuung getan hat, diese Bemerkung überhaupt erlauben darf. – Ich zitiere die damalige Ministerin Ute Schäfer aus dem Ausschussprotokoll vom 1. April 2004:

„Ministerin Ute Schäfer betont, der Bedarf“

– der U3-Bedarf –

„werde vor Ort ermittelt. Den Bedarf könne man auch nicht landesseitig eruieren. Das, was das Ministerium als Rückmeldung aus den Kommunen bekomme, habe sie vorgelegt. Nun müsse man abwarten, wie sich tatsächlich der aktuelle Bedarf darstelle. Dass er größer sei, als er abgedeckt werde, stehe außer Frage. Allerdings sollte man nicht vergessen, dass es viele Familien gebe, die speziell für dieses Alterssegment noch keinen Platz wünschten.“

Das war die Voraussetzung für eine Politik, die es, weil viel Bürokratie zu überwinden war, auf sage und schreibe 2,8 % U3-Plätze gebracht hat. Wir haben diese Platzkontingente vervierfacht. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die schwarze Landesregierung ein Herz für Kinder hat und das, was sie immer gesagt hat, auch umsetzt.

Diese Politik ist in Deutschland ohne Beispiel. – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Kastner. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Jörg.

**Wolfgang Jörg (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Kastner, warten wir doch mal ab, was das KiBiz in Deutschland bzw. in Nordrhein-Westfalen bringen wird! Sie nehmen den Mund jetzt relativ voll, dass das alles nicht so dramatisch wird, wie wir es beschrieben haben. Ich sehe das etwas anders. Im Frühjahr können wir Bilanz ziehen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Lieber Christian, dann schauen wir mal, wie es wirklich geworden ist. Ich glaube eher, dass die Befürchtungen, die wir formuliert haben, noch wesentlich überschritten werden.

Aber zwei Punkte sind in der Debatte wichtig, damit uns das selber klar wird. Wir müssen uns die Situation von Familien und vor allen Dingen von alleinerziehenden Müttern vergegenwärtigen. Immer mehr Menschen in diesem Land haben zwei, drei oder gar mehr Jobs, um ihre Lebensgrundlagen zu sichern. Sie sind familiär in einer prekären Situation, weil sich aufgrund dieser Situation das Familienleben erheblich verändert. Diesen Familien, vor allem den alleinerziehenden Frauen, müssen wir konkrete Angebote in der U3-Betreuung machen, weil sie darauf angewiesen sind.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Das ist ein zentraler Punkt. Im Zusammenhang mit dieser Diskussion, lieber Christian, ist übrigens auch unser Beitrag zum Mindestlohn zu verstehen. Das sind Zusammenhänge, die sich auch auf das Familienleben auswirken. Wenn Papa die Familie nicht mehr mit einem Gehalt ernähren kann, sondern zwei, drei oder vier Jobs

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Christian, hör mir zu! – machen muss, wird das Familienleben immer prekärer, immer schwieriger zu organisieren. Wir haben Verwerfungen, die wir alle zusammen nicht wollen. Diese Zusammenhänge müssen wir uns klarmachen.

Was CDU und FDP angeht, sage ich: Ihr habt doch, lieber Christian, und Sie haben doch, meine Damen und Herren von der CDU, mit Ihrer Politik dazu beigetragen, dass die Lebensbedingungen

für Familien in Nordrhein-Westfalen immer schwieriger werden.

Was bedeutet es denn beispielsweise, wenn man den Ladenschluss aufgibt? Das trifft doch gerade Frauen. Was bedeutet es denn, wenn man etwa die Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher deutlich flexibilisiert und schwerer macht? Das trifft vor allen Dingen Frauen. Das ist eine Veränderung der Lebenswelt, die sich auch auf die Familie auswirkt. Deshalb stehen wir vor der Situation, dass gerade diese Familien zuverlässige Partner in der Betreuung brauchen.

Wir haben in der Debatte – Andrea Asch hat es schon formuliert – immer wieder darauf hingewiesen, dass der Bedarf riesig ist und das, was Sie unternehmen, zu wenig ist. Ich finde es gut – das ist überhaupt keine Frage –, dass jetzt nachkorrigiert wird. Das liegt in unser aller Interesse.

Nur, man muss sich auch fragen: Woher kommt das Geld? Diese Frage stelle ich dem Minister und möchte sie gleich beantwortet haben. Woher kommen diese 12 Millionen €? Aus welchem Bereich wird das zusätzlich mobilisiert? Wird das irgendwo zusammengestrichen? Dazu hätte ich gleich gerne eine Antwort von Ihnen. Denn Sie verkaufen die Aufstockung jetzt – Frau Kastner hat es gerade gesagt – als die Nachricht der Woche, und der Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wäre der Beweis dafür, dass diese Regierung auch das umsetzt.

Aber in der Realität bewirken all Ihre bisherigen Maßnahmen genau das Gegenteil; sie sind familienfeindlich. Wir haben flächendeckend höhere Elternbeiträge in den Kindergärten. Das ist eine Belastung sondergleichen. Wir haben, wie gesagt, die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen, die von der Landesregierung beschlossen worden ist. Wir haben eine Politik gegen Frauen. Wir haben die Streichung vieler Projekte, wie zum Beispiel in den Beratungsstellen Frau und Beruf.

(Minister Armin Laschet: Da gibt es neue!)

Wir haben Frauenhäuser, bei denen radikal gekürzt wurde. Sie verschärfen die Lebensbedingungen für Mütter.

(Minister Armin Laschet: Wo denn?)

Das ist die Wahrheit, und das kann man auch nicht wegwischen, wenn man jetzt für U3-Plätze 12 Millionen € mehr ausgibt, die – keine Frage – gut angelegt sind.

Wir fordern, im Frühjahr eine Gesamtbilanz zu ziehen, Frau Kastner. Dann werden wir sehen, zu welchen Verwerfungen es kommt. Übrigens glau-

be ich, dass die Verwerfungen im Herbst und im nächsten Frühjahr immer deutlicher werden. Und ob das, was Sie gesagt haben – es ist im Protokoll festgehalten –, Realität wird, können wir beide dann im Plenum klären, weil dazu sicher auch wieder eine Parlamentsdebatte stattfinden wird.

Es ist gut, dass die 12 Millionen € zusätzlich fließen, keine Frage. Wir haben das immer gefordert und gesagt, wir müssen da bedarfsgerecht als Partner der Familien auftreten. Aber insgesamt ist die Bilanz des Ministers und der Landesregierung, was Familien- und Kinderpolitik angeht, eine große Katastrophe. Die 12 Millionen € werden diese Bilanz nicht verändern können.

Wir werden dem Antrag der Grünen zustimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Lindner.

**Christian Lindner (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich erwarte schon den nächsten wegweisenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der wird die Überschrift haben: Landesregierung muss dafür sorgen, dass der Frühling bald kommt! – Dann werden Sie sich, wenn die Tage länger werden und die Temperaturen steigen, hierhin stellen und sagen: Das verdanken Sie alles den Grünen. Hätten wir den Antrag nicht gestellt, hätten sich die Jahreszeiten nicht verändert.

(Beifall von FDP und CDU)

So agieren Sie in dieser Debatte: Alles, was wir an positiven Veränderungen vornehmen, haben Sie längst vorgedacht, seit Monaten gefordert. Da, wo wir Sie an Ihre Verantwortung erinnern, sagen Sie, damit wollten Sie nichts mehr zu tun haben, weil Sie über die Gegenwart und nicht mehr über die Vergangenheit sprechen wollten.

Das wird Ihnen aber von niemandem im Land abgenommen. Wir werden Ihnen das im Übrigen auch nicht durchgehen lassen. Wir werden uns weiter die Freiheit nehmen, Sie an das zu erinnern, was Sie zu verantworten hatten. Wir werden uns an dem messen, was wir aus Ihrem Erbe gemacht haben. Das ist unser Anspruch.

(Beifall von FDP und CDU)

Mit unseren Zahlen können wir uns durchaus sehen lassen: 44.000 Plätze für unter Dreijährige wird es zum 1. August dieses Jahres geben! 44.000 Plätze!

(Karl Schultheis [SPD]: Mit viel Bundesgeld!)

Frau Kastner hat darauf hingewiesen: Wir haben die Zahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige gemeinsam mit den Kommunen um den Faktor 4 ausgebaut. Das ist eine Erfolgsmeldung im Interesse der Kinder, im Interesse der Familien. Nordrhein-Westfalen war Schlusslicht unter den Bundesländern. Wir werden jetzt bei der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit Lokomotive.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Altenkamp?

**Christian Lindner (FDP):** Gleich!

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Gleich?

(Ralf Jäger [SPD]: Was heißt „gleich“?)

**Christian Lindner (FDP):** Wir befinden uns im Jahr 2008 in einem Zwischenschritt und bewegen uns auf 2010/2011 zu, wo wir ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr einen Rechtsanspruch einführen wollen. Nach allem, was sich bisher gezeigt hat, werden wir dieses Ziel besser und schneller erreichen, als das absehbar gewesen ist: weil auch die Kommunen erkennen, dass die Welt sich verändert hat, und in die Mitverantwortung einsteigen, weil wir im Übrigen aber auch ermöglicht haben, dass die Bedarfe, die vor Ort gesehen werden, gedeckt werden können, selbst wenn wir dazu unsere Prognosen korrigieren müssen.

Wie aber war das unter Rot-Grün? Sozialdemokraten und Grüne sprechen hier ja davon, wir hätten ein planwirtschaftliches System.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ich wusste, dass Sie darauf reagieren würden!)

Wie war das denn bei Ihnen im Bereich Budgetvereinbarung? Ich habe noch in ausgezeichneter Erinnerung, wie ich von Kommunen mit der Bitte angeschrieben worden bin, bei der Landesregierung, bei Frau Schäfer darauf hinzuwirken, dass nicht nur kostenneutral umgewandelt werden darf, dass möglicherweise über die ausgewiesenen Budgets hinaus Plätze für unter Dreijährige eingerichtet werden können. In wenigen Fällen – als Beispiele nenne ich Langenfeld und Monheim, für die ich mich eingesetzt habe – ist das erreicht worden. Aber es war ein zutiefst planwirtschaftli-

ches System. Sie haben keine Kapazitäten, keine Ressourcen bereitgestellt. Und Sie haben auch nicht die Bereitschaft gehabt, Ihre Politik in der Frage zu verändern. Das gelingt erst jetzt.

Liebe Frau Asch, Sie sind schlecht informiert, wenn Sie uns vorwerfen, wir würden nicht hinreichend gut rechnen. Leider ist Frau Asch im Moment nicht da, deshalb kann ich Sie jetzt gar nicht aufklären.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Da sind Sie. Entschuldigung, ich habe Sie übersehen! Entschuldigung, ich habe Sie übersehen. Entschuldigung, ich habe Sie übersehen. Sie saßen eben weiter hinten.

(Britta Altenkamp [SPD]: Herr Lindner, es wird nicht dadurch besser, dass Sie es dreimal wiederholen!)

Frau Asch, jetzt passen Sie bitte auf: Sie haben hier groß vorgerechnet, wie viele Plätze wir bräuchten, und sind von 35 % ausgegangen. Liebe Frau Asch, schauen Sie mal in die Unterlagen! 35 % ist die Quote, die bundesweit erreicht werden muss. Diese wird aber differenziert nach Ländern ausgewiesen. Für Nordrhein-Westfalen beträgt die Zielquote nur 32 %. Sie müssen sich schon sorgfältiger vorbereiten, wenn Sie uns falsche Kalkulationsgrundlagen vorwerfen wollen. Sie müssen erst einmal selbst solide arbeiten, bevor Sie mit dem Finger auf andere zeigen.

(Beifall von FDP und CDU)

Ein letzter Gedanke, weil meine Redezeit zu Ende geht: Der Kollege Jörg hat darauf hingewiesen, wie die Rahmenbedingungen für Familien doch verschlechtert würden. Ausgerechnet den Mindestlohn nimmt er als Beispiel für eine familienfreundliche Politik und weist darauf hin, dass es Familien gibt, die sich etwas leisten wollen, ihr Eigentum abbezahlen möchten und deshalb mehrere Jobs annehmen. Lieber Wolfgang Jörg, gerade denen würde euer Mindestlohn das Leben schwerer machen. Gerade denen würde euer Mindestlohn es unmöglich machen, dass die Ehefrau oder der Ehemann neben dem normalen Job vielleicht noch einen Minijob annimmt. All diese Jobs werden wegrationalisiert, wenn ihr euch mit eurer Mindestlohnidee durchsetzt. Diese Jobs wird es dann nicht mehr geben. Gerade das erschwert es Familien, zu wirtschaften und sich im Leben ein Stück weit hochzuarbeiten.

(Angela Tillmann [SPD]: Das ist Unsinn!)

– Das ist kein Unsinn, Frau Tillmann. Das ist die Realität. Schauen Sie ihr ins Auge, wie Wolfgang

Clement Ihnen das in diesen Tagen empfiehlt. Nehmen Sie den in den Blick, lesen Sie nach, was der sagt! Erkennen Sie, wo Sie sind im Wettbewerb mit der Linkspartei möglicherweise auch falsch aufgestellt! Denn nicht all das, was Sie an wohlfeilen familienpolitischen Ankündigungen machen, kommt auch den Familien zugute.

Wir konzentrieren uns dagegen nicht auf familienpolitische Ankündigungen. Wir wollen familienpolitische Erfolge in der Realität erzielen. Darauf kommt es in der Politik an. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Was war denn mit meiner Zwischenfrage?)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Die Zwischenfrage konnte nun doch nicht gestellt werden. Jetzt ist es dafür zu spät. Es wird weitere Gelegenheiten geben, sich miteinander auseinanderzusetzen. – Für die Landesregierung spricht als nächster Herr Minister Laschet.

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon eine besondere Ironie, dass ausgerechnet diejenigen, die beim Ausbau von U3-Plätzen jahrelang auf der Bremse standen, nun nach mehr Tempo rufen. Es geht nicht um einen Blick zurück in die Vergangenheit, Frau Asch.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Es geht, lieber Kollege, nicht um einen Blick in die Vergangenheit, sondern ...

(Ewald Groth [GRÜNE] und Christian Lindner [FDP] führen ein Zwiegespräch.)

– Lieber Herr Groth, lieber Herr Lindner, wenn ich kurz stören darf! – Die Spielregeln in einer Demokratie sind so: Eine Regierung tritt ihr Amt an. Das war im Jahre 2005. Damals gab es 11.000 Plätze für unter Dreijährige. Abgerechnet wird im Jahre 2010. Dann stehen wir knapp vor der Erfüllung eines Rechtsanspruchs für alle Zweijährigen. Dann kann jeder Bürger draußen entscheiden: Was hat Rot-Grün gemacht? Was hat die neue Regierung gemacht? Das hat nichts mit Vergangenheitsbewältigung zu tun, sondern schlicht mit Daten und Fakten.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Altenkamp?

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich habe ja noch gar nichts gesagt, aber gerne.

(Heiterkeit)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön, Frau Altenkamp.

**Britta Altenkamp** (SPD): Dass Sie noch nichts gesagt haben, haben Sie gesagt, Herr Minister Laschet.

Zu meiner Frage. Sie haben gerade gesagt, Sie hätten Bilanz gezogen und 2005 bei der Regierungsübernahme 11.000 Plätze vorgefunden. Im Haushaltsplan 2008 weisen Sie – Ihr Haus! – für 2004 – übrigens genauso wie Ihr Internetangebot – 13.688 Plätze aus. Wie erklären Sie sich die Differenz zwischen den 11.000 Plätzen, von denen Sie gerade gesprochen haben, und der Zahl, die ich gefunden habe?

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich weiß nicht, was auf welcher Internetseite steht. Frau Altenkamp, statt hier über eine konkrete Zahl für 2004/2005 zu diskutieren, könnte man eine entsprechende Anfrage stellen. 11.000 Plätze gab es im Jahr 2005. Hinzu kommen Tagespflegeplätze. Ich rede über institutionelle Plätze. Die 44.000 Plätze im nächsten Jahr, über die wir reden, sind institutionelle Plätze. Man muss vergleichen, was es an Plätzen in Kindertageseinrichtungen und was es an Plätzen in der Tagespflege gibt. Die 13.000, die Sie nennen, sind möglicherweise Plätze in der Tagespflege. Ich kann aber gerne genauer nachgucken und Ihnen die Frage dann beantworten.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ich kann Ihnen einen Hinweis geben: Es sind 13.688 belegte Plätze laut Ihrem Internetangebot!)

– Frau Altenkamp, ich glaube nicht, dass es stimmt, aber sagen wir, es sind 13.000 Plätze. 13.000 sind weniger als 44.000. Wenn Sie jetzt einen Streit darüber führen, ob es 11.000 oder 13.000 sind: Es war miserabel, Nordrhein-Westfalen war Schlusslicht, und wir ändern diese Schlusslichtpolitik. Das ist der Unterschied.

(Beifall von CDU und FDP)

Jetzt will ich auf ein paar Argumente der Debatte eingehen.

Erstens: KiBiz muss nachgebessert werden. – Nein, Frau Asch! Leider sind Sie falsch informiert. KiBiz wird nicht nachgebessert. KiBiz hat die Grundlage geschaffen, dass wir flexibel reagieren

können. Im Konsens mit kommunalen Spitzenverbänden und Wohlfahrtspflege haben wir 34.000 Plätze für das Haushaltsjahr 2008 vorgesehen. Jetzt wird der Haushalt geändert. Es gibt mehr Geld. Das ist eine gute Botschaft für die Familien in Nordrhein-Westfalen.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Politik nach Kassenlage!)

– Entschuldigung, liebe Frau Asch, im Gegensatz zu Ihnen nehme ich dieses Parlament ernst.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Dieser Haushaltsgesetzgeber stellt für eine bestimmte Zahl an Plätzen Geld bereit. Wenn Sie sagen, es müsse Schluss sein mit der Planwirtschaft, dann lese ich Ihnen mal vor, wie das zurzeit nach dem von Ihnen zu verantwortenden GTK funktioniert hat. Nach § 18 Abs. 6 GTK ist Voraussetzung für die Bezuschussung der Betriebskosten, dass der Platz vom Land investiv gefördert worden ist, dass das Jugendamt den Platz als Bedarf entsprechend anerkannt hat, dass entsprechende Landesmittel – so viel zur Kassenlage! – zur Verfügung stehen. Dann konnten nach einem komplizierten Schlüssel für Kindergartenkinder und schulpflichtige Kinder nicht mehr benötigte Plätze vorübergehend mit U3-Kindern belegt werden. – Und, und, und! Acht Seiten Vorschriften, um U3-Plätze zu schaffen! Wir machen das mit einem Kabinettsbeschluss! Das ist der Unterschied!

(Beifall von CDU und FDP)

Das andere Verfahren hat Christian Lindner eben beschrieben, nämlich das Umwandlungskontingent. Solche Gedanken können nur bürokratischen Köpfen von Rot-Grün entspringen. Aber so etwas ist nicht die Realität der Familien in diesem Lande.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb war KiBiz erforderlich. KiBiz gibt Flexibilität. KiBiz macht es möglich, dass der Haushaltsgesetzgeber in Kürze sagen wird: Wir geben in diesem Jahr 12 Millionen € mehr.

Lieber Kollege Jörg, diese 12 Millionen € stammen aus folgenden Haushaltspositionen:

Mit den Trägern war verabredet, 959 Millionen € für das Jahr 2008 zur Verfügung zu stellen. Das war der Konsens von kommunalen Spitzenverbänden und Wohlfahrtspflege. Dann hat eine kluge Landesregierung gesagt: „Wir brauchen für solche Fälle, die jetzt eintreten, ein Übergangs-

polster“, und hat im Haushalt 969 Millionen € bereitgestellt. Darüber hinaus gab es ein Programm, nach dem den Kirchengemeinden, die in Not geraten, weil KiBiz zu spät kommt, ebenfalls Gelder zur Verfügung gestellt werden sollten. Die haben Anträge eingereicht. Der Betrag ist nicht voll ausgeschöpft worden. Die 12 Millionen € in diesem Jahr können also aus diesen beiden Positionen gedeckt werden. Im Jahre 2009 werden mindestens 20 Millionen € mehr als bisher geplant erforderlich sein, um auf dieser Zahl aufzubauen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, Sie merken daran: Familienpolitik hat in dieser Landesregierung einen Schwerpunkt. Wir stellen das Geld bereit, das erforderlich ist, um die Plätze für die unter Dreijährigen zu schaffen. Wir machen vor allem eines, Frau Asch – deshalb hat das nichts mit Vergangenheitsbewältigung zu tun –: Wir lassen uns an den anderen Bundesländern in der Bundesrepublik Deutschland messen. Wenn wir am 1. August dieses Jahres im oberen Drittel der westdeutschen Länder stehen, dann sind wir alles andere als Schlusslicht. Christdemokratische Politik, liberale Politik heißt, in der Spitzengruppe zu sein. Rot-Grün heißt Schlusslicht. Das ist unsere Bilanz.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Laschet.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Eilantrag** in der **Drucksache 14/6213**. Hierüber ist, wie Sie wissen, direkt abzustimmen. Wer stimmt dem Inhalt dieses Eilantrages zu? – Die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Eilantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen mehrheitlich **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

## 7 Fragestunde

Drucksache 14/6168

Mit dieser Drucksache liegen Ihnen die Mündliche Anfrage 170 aus der letzten Fragestunde sowie die Mündlichen Anfragen 173 bis 178 vor.

Ich rufe die

### **Mündliche Anfrage 170**

des Herrn Abgeordneten Stotko von der Fraktion der SPD aus der letzten Fragestunde auf: